

ment zur Umsetzung der UN-Konvention. Die Strategie fördert die aktive Eingliederung und uneingeschränkte Teilnahme von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben (...).

Wir werden uns (...) mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Rechte von Menschen mit Behinderung sichergestellt und die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention in allen EU-Mitgliedstaaten voll umgesetzt werden.

Menschenrechte dürfen nicht unter Kostenvorbehalt gestellt werden. Selbstbestimmung ist als dominierendes Prinzip einsetzbar in der Behindertenpolitik zu verankern. (...) Das Prinzip der barrierefreien Zugänglichkeit aller Lebensbereiche ist eine unabdingbare Grundlage für gleiche Teilhabe und fördert den solidarischen Zusammenhalt.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass noch viel Überzeugungsarbeit notwendig ist, wenn wir dem Ziel einer inklusiven Gesellschaft näher kommen wollen. (...) Aus unserer Sicht funktioniert eine Politik mit der Brechstange, wie sie beispielsweise bei der schulischen Inklusion häufig betrieben wird, nicht. Wir setzen uns deshalb für die Freiheit bei der Wahl der Schulform und einen Erhalt von Förderschulen ein.

Frauen

Obwohl die Gleichstellung in den europäischen Mitgliedstaaten in den jeweiligen Verfassungen fest verankert ist, sind Frauen und Männer in vielen Bereichen, wie Beschäftigung,



Foto: Rawpixel.com/fotolia

Wer seinen Hauptwohnsitz in Deutschland hat, ist in der Regel auch in das Wählerverzeichnis eingetragen. Eine sogenannte Wahlbenachrichtigung informiert über alle relevanten Details.

Gehalt, Berufsausbildung, Arbeitsorganisation, Zugang zu verantwortungsvollen Positionen, Respektierung der Würde oder Repräsentation im öffentlichen Leben, noch immer nicht vollständig gleichgestellt.

45 Prozent aller Frauen sind von einer Form von Gewalt betroffen, 12 bis 15 Prozent von häuslicher Gewalt. Ca. 500.000 Frauen werden jährlich illegal in die EU gebracht und zur Prostitution gezwungen. Gewalt widerfährt Frauen aber auch durch Zwangsheirat, Vergewaltigung in der Ehe, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, demütigendes Verhalten oder Einschüchterung.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Frauen EU-weit den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort sowie gleichen Zugang zur sozialen Sicherung erhalten?

Ja, CDU und CSU stehen hinter dem Grundsatz, dass Männer und Frauen gleiches Entgelt für gleiche Arbeit erhalten sollen. (...) Die Entgeltlücke zu schließen, ist gleichzeitig ein wichtiger Schritt, um der geschlechtsspezifischen Rentenlücke (gender pension gap) zu begegnen.

Die SPD will, dass Frauen endlich den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit wie ihre männlichen Kollegen bekommen. (...) Deshalb wollen wir, dass die Lohn- und Rentenlücke zwischen Frauen und Männern geschlossen wird – durch Vereinbarung verbindlicher Ziele und ein EU-weites Lohngerechtigkeitsgesetz, das die Einhaltung überwacht und Verstöße sanktioniert.

Ja, Um gegen die geschlechtsspezifische Entgeltungleichheit (Gender Pay



Foto: nito/fotolia

Für die Wahl in Deutschland gilt eine solche Sperrklausel bisher jedoch nicht.

Gesundheit

Die Gesundheitspolitik liegt aufgrund der Subsidiaritätsklausel zu Recht weitgehend in der Verantwortung der Nationalstaaten. Dennoch kann auch auf europäischer Ebene einiges unternommen werden, um für alle Patientinnen und Patienten in der Europäischen Union eine bedarfsgerechte Versorgung zu gewährleisten und die nationalen Gesundheitssysteme in ihrer Unterschiedlichkeit zu bewahren.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Charakter der gesetzlichen Krankenversicherung als öffentlich-rechtliche Körperschaft beibehalten wird und sie nicht dem Wettbewerbs- bzw. Kartellrecht unterliegt?

CDU und CSU setzen sich nachdrücklich für eine qualitativ hochwertige, flächendeckende, wohnortnahe medizinische und pflegerische Versorgung ein. Die zentrale Bedeutung der gesetzlichen Krankenversicherung steht dabei außer Frage. Dennoch darf man sich dem Wettbewerb nicht verschließen.

Auf europäischer Ebene müssen wir immer die richtige Balance finden, sodass einerseits die Subsidiarität gewahrt bleibt, die Bürgerinnen und Bürger andererseits aber den größten Nutzen aus unserer Gesundheitspolitik ziehen können. Die Regelung zur gesetzlichen Krankenkasse obliegt den Mitgliedsländern. Die EU hat hier kein Mitspracherecht.

Ja, wir wollen die gesetzliche Krankenversicherung als öffentlich-rechtliche Körperschaft erhalten. Der

Solidarcharakter der Wettbewerbsordnung in der gesetzlichen Krankenversicherung muss erhalten bleiben.

Ja, Gesundheitliche Dienstleistungen sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und dürfen als solche nicht der Anwendung von Markt- und Wettbewerbsmechanismen unterliegen. Die Möglichkeiten zur Gestaltung der Gesundheitssysteme – auf nationalstaatlicher wie auf europäischer Ebene – dürfen nicht durch das europäische Binnenmarkt- und Wettbewerbsrecht eingeschränkt werden.

Ein gesunder Wettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung führt dazu, dass die Kassen wirtschaftlicher handeln. Das führt im Idealfall zu niedrigeren Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung. (...) Im Bereich der Leistung und Leistungsqualität verbessert Wettbewerb die Versorgung. Dieser Wettbewerb kann unabhängig von der Rechtsform der gesetzlichen Kassen funktionieren.

Pflege

Das Qualitätsniveau professioneller Pflegeleistungen ist in den EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Aus Sicht des SoVD ist es zwingend, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu einer ihre Würde achtenden und qualitativ hochwertigen Pflege haben.

Werden Sie sich dafür einsetzen, in den Mitgliedstaaten der EU einheitliche Mindeststandards hinsichtlich der Absicherung des Pflegerisikos und der Qualität von Pflegeleistungen zu erreichen?

Die Zuständigkeit und Verantwortung für die Organisation der Gesundheitswesen liegt allein bei den Mitgliedstaaten. Wir wollen die Vielfalt der historisch begründeten und politisch gewollten nationalen Gesundheitssysteme und die Kompetenz, sie eigenverantwortlich zu gestalten, auch in Zukunft erhalten.

Eine gute und verlässliche Pflege ist für immer mehr Betroffene und ihre Angehörigen von zentraler Bedeutung. (...) Wir wollen, dass in allen Mitgliedstaaten der EU ebenfalls geeignete Maßnahmen zur Sicherung der jeweiligen Pflegeleistungen unternommen werden; dabei wissen wir, dass dieser



Foto: nito/fotolia

Die Hürde für den Einzug ins EU-Parlament liegt in vielen Ländern bei fünf Prozent.

Bereich noch nicht in die EU-Kompetenz fällt.

Ja, Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine der großen gesamt-europäischen Aufgaben. Unser Ziel ist es, pflegebedürftigen und an Demenz erkrankten Menschen ein selbstbestimmtes und aktives Leben in Würde zu ermöglichen.

Die Linke vertritt die Pflege als eine Aufgabe der Gesellschaft und damit als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine Politik, die gerecht und solidarisch ist, kann eine effektive, menschenwürdige und an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtete Pflege und Betreuung organisieren und finanzieren – in der Bundesrepublik, aber auch in Europa.

Bislang hat die Europäische Union im Bereich der Sozialpolitik aufgrund des Subsidiaritätsprinzips keine Zuständigkeit. Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass diese Fragen auch weiterhin besser auf Ebene der Mitgliedstaaten geregelt werden können. Bei der Verabschiedung von Mindeststandards auf EU-Ebene droht zudem die Gefahr, dass die hohen Standards in Deutschland abgesenkt werden könnten.

Alterssicherung

Die Ausgestaltung nationaler Alterssicherungssysteme ist Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten. Damit soll den historisch gewachsenen und sehr unterschiedlichen Alterssicherungssystemen Rechnung getragen werden.

Teilen Sie unsere Auffassung, dass die Ausgestaltung der nationalen Alterssicherungssysteme, insbesondere die Festlegung des Rentenniveaus

und des Renteneintrittsalters, zu den Kernaufgaben der Mitgliedstaaten gehört?

Wir setzen uns dafür ein, dass auch künftig alleine die Mitgliedstaaten für die Gestaltung der Renten- und Pensionssysteme zuständig sind. Hierbei ist eine unbürokratische Übertragbarkeit der Ansprüche, insbesondere für Grenzgänger, europaweit zu gewährleisten.

Ja, die Europäische Union hat im Bereich der Sozialpolitik unterstützende Kompetenzen und komplettiert die nationalstaatlichen Aufgaben dort, wo notwendig. Bei der Festlegung des Rentenniveaus und des Renteneintrittsalters bedarf es keiner Koordinierung auf europäischer Ebene. Es muss sichergestellt werden, dass in allen Mitgliedsländern die Menschen von ihrer staatlich garantierten Rente angemessen leben können.

Unbedingt. (...) EU-weit muss die Rente den Lebensstandard im Alter sichern und vor Armut schützen. Und die Menschen nicht den Unsicherheiten der Finanzmärkte ausliefern. Die Teilprivatisierung der Rente muss gestoppt werden.

In der Tat ist die Ausgestaltung von Alterssicherungssystemen Sache der Mitgliedstaaten und sollte unserer Ansicht nach auch dort verbleiben. Eine

Vereinheitlichung der sehr unterschiedlichen nationalen Altersvorsorgesysteme innerhalb der Europäischen Union wäre weder sinnvoll noch umsetzbar.

Migration

Die Herausforderungen durch Flucht und Migration stellen die europäische Partnerschaft und Solidarität auf eine harte Probe. Der SoVD setzt sich dafür ein, dass Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, uneingeschränkt Zuflucht finden. Menschen, die nach (inter)nationalem und europäischem Recht keinen Rechtsanspruch besitzen, in der EU zu leben, können auch abgewiesen und zurückgeschickt werden. Allerdings haben die EU und ihre Mitgliedsländer im Hinblick auf die Migrationsbewegungen eine besondere Verantwortung. Durch ihre Sicherheits-, Wirtschafts- und Umweltpolitik haben sie zur Entstehung von Krisen beigetragen, die zur Fluchtursache vieler Menschen wurden.

Welche konkreten Maßnahmen unterstützen Sie, um humanitäre Katastrophen zu vermeiden und Fluchtursachen zu bekämpfen?

Unser Europa investiert in eine nachhaltige Entwicklungspolitik und schafft Chancen auf dem afrikanischen Kontinent. Priorität muss die Hilfe bei humanitären Katastrophen in den Krisenherden der Welt haben. (...) Eine der Hauptaufgaben der vernetzten Außenpolitik in Zeiten zunehmender globaler Migration ist die Bekämpfung



Foto: nito/fotolia

Die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten zur Europawahl kommen am 15. Mai noch einmal zu einer Debatte zusammen.

von Fluchtursachen. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort Perspektiven für ihr Leben erhalten.

Herkunftsländer zu stärken ist unerlässlich, um die Zahl der Menschen gering zu halten, die ihre Heimat verlassen müssen. Wie in unserem Wahlprogramm beschlossen, wollen wir mit fairer Handels-, Agrar- und Fischereipolitik sowie Entwicklungszusammenarbeit Fluchtursachen bekämpfen. Da auch der Klimawandel für viele Menschen zur Fluchtursache wird, ist eine ambitionierte Umweltpolitik ebenfalls notwendig.

Für uns Grüne ist die beste Flüchtlingspolitik eine Politik der globalen Gerechtigkeit, die voraussetzungen dazu trägt, dass weniger Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die europäische Wirtschaft-, Finanz-, Handels-,

Agrar- oder Rüstungsexportpolitik Nachhaltigkeitszielen wie Frieden, Menschenrechten und globaler Gerechtigkeit nicht länger zuwiderläuft.

Wir wollen das Asylrecht wiederherstellen und durchsetzen. Dazu wollen wir in der EU einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau. Die Abschiebung der Verantwortung auf andere Staaten mithilfe von Drittstaaten- oder Herkunftslanderregelungen wollen wir beenden.

Die Europäische Union muss im Rahmen ihrer Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit darauf hinwirken, dass nachhaltige Entwicklung stattfinden kann und Fluchtursachen erst gar nicht entstehen. Wir Freie Demokraten setzen auf ziviles Krisenmanagement, Konfliktprävention und Friedensförderung als zentrale Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik.



Foto: Rawpixel.com/fotolia

Die gewählten Kandidatinnen und Kandidaten verhandeln im Juni über die Bildung der Fraktionen. Am 1. Juli endet die Wahlperiode des „alten“ Parlamentes; einen Tag später findet die konstituierende Plenartagung des neu gewählten Parlamentes statt.